



23/SVV/0966

Antrag
öffentlich

Initiative zur Gründung eines psychosozialen Krisendienstes

| | |
|--|----------------------------|
| <i>Einreicher:</i> Fraktionen SPD, Sozial.DIE LINKE.Potsdam | <i>Datum</i> 19.09.2023 |
|--|----------------------------|

| <i>geplante Sitzungstermine</i> | <i>Gremium</i> | <i>Zuständigkeit</i> |
|-------------------------------------|---|----------------------|
| 04.10.2023 | Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam | Entscheidung |
| 15.11.2023 | Hauptausschuss | Entscheidung |

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, aktiv in Verhandlungen mit dem Landkreistag sowie mit dem Land Brandenburg zu treten, um die Gründung eines psychischen Krisendienstes zu initiieren.

Ziel soll sein, ein tragfähiges Konzept zu erarbeiten, das auf die spezifischen Bedürfnisse der Region abgestimmt ist und eine effiziente, zielgerichtete Hilfe für Menschen in psychosozialen Krisensituationen gewährleisten kann. Darüber hinaus wird angestrebt, eine Kooperation mit den umliegenden Landkreisen zur Konzeption und Realisierung des Krisendienstes zu etablieren.

Die Initiative soll folgende Eckpunkte berücksichtigen:

1. Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle mit einer kostenlosen, rund um die Uhr erreichbaren Telefonnummer für Menschen in psychischen Krisensituationen.
2. Schaffung mobiler Teams aus Fachkräften, die vor Ort unterstützen und bei Bedarf fachärztliche Hilfe hinzuziehen können.
3. Klare Strukturierung und Bündelung der vorhandenen Hilfsangebote zur besseren Orientierung und schnelleren Vermittlung für Hilfesuchende.
4. Evaluation der Initiative durch eine unabhängige Stelle, idealerweise durch die Universität Potsdam, um die Wirksamkeit des Krisendienstes zu gewährleisten und kontinuierlich zu verbessern.
5. Aktive Einbeziehung vorhandener psychosozialer sowie ehrenamtlicher Organisationen in das Netzwerk des Krisendienstes.

Dem GSWI und dem JHA ist über den Stand der Umsetzung halbjährlich zu berichten.

Begründung:

Wir haben die Chance, in Potsdam einen Meilenstein zu setzen, indem wir auf ein bewährtes und erfolgreiches Modell zurückgreifen. Der bayerische Krisendienst zeigt eindrücklich, dass zentralisierte und gut koordinierte Krisenintervention nicht nur effektiv, sondern auch unausweichlich ist, um der immer komplexer werdenden Herausforderung psychosozialer Krisen wirkungsvoll zu begegnen.

Potsdam hat daher die Gelegenheit, eine maßgebliche Rolle in der Weiterentwicklung der psychosozialen Versorgung in Brandenburg zu übernehmen. Durch das Ergreifen der Initiative und das Vorantreiben des Dialogs sowohl mit dem Land als auch im Städte- und Gemeindebund kann Potsdam zum Taktgeber werden und essenzielle Impulse setzen für ein Projekt von landesweiter Bedeutung.

Die Notwendigkeit eines solchen Angebots ist offensichtlich, wenn man die aktuellen Herausforderungen im Bereich der psycho-sozialen Gesundheit betrachtet. Dies wird zusätzlich untermauert, wenn man die Tatsache betrachtet, dass statistisch gesehen etwa ein Drittel der Deutschen jedes Jahr eine schwere psychische Krise erlebt. Dies unterstreicht die Dringlichkeit und Relevanz der Einrichtung eines solchen Dienstes. Umso erfreulicher ist es, dass aus kleinen Anfragen zu entnehmen ist, dass die Verwaltung so ein Hilfsangebot begrüßt und sich die Umsetzung grundsätzlich vorstellen kann.

Denn wir erleben momentan eine Situation, in der alle existierenden Einrichtungen überlaufen sind. Akut Betroffene müssen oft eine unerträgliche Wartezeit in Kauf nehmen, bevor sie die benötigte Hilfe erhalten. Dies führt nicht nur zu einer Verschärfung ihrer individuellen Krisen, sondern auch zu einer allgemeinen Überbelastung des Gesundheitssystems. Hier würde ein psychischer Krisendienst einen wesentlichen Unterschied machen, indem er schnelle, effektive und niedrigschwellige Hilfe anbietet.

Zweitens stellt die Vielfältigkeit der Hilfsangebote viele Ratsuchende vor eine große Herausforderung. Die aktuelle „Dschungel“-Landschaft der Angebote in Potsdam kann Menschen in einer psychischen Krise leicht überfordern, was die Suche nach passender Hilfe enorm erschwert. Ein zentraler Krisendienst würde hier als klarer, strukturierter und übersichtlicher Anlaufpunkt dienen, der eine erste Hilfestellung und Orientierung bietet.

Die präventive Wirkung eines solchen Krisendienstes darf nicht unterschätzt werden. Die Möglichkeit, schnell und unkompliziert Hilfe zu erhalten, kann viele ernsthafte psychische Krisen bereits im Vorfeld abwenden. Der Dienst soll dabei in allen Lebenslagen unterstützen, unabhängig von der spezifischen Problemlage des Anrufenden.

Die Einbindung der Universität Potsdam in die Evaluation garantiert eine wissenschaftliche Begleitung und stetige Weiterentwicklung des Angebots, basierend auf empirischen Erkenntnissen und Erfahrungen aus der Praxis.

Es handelt sich hierbei um ein in der Praxis erprobtes System, das den Hilfesuchenden niedrigschwellige Anlaufstellen bietet und durch Schnelligkeit sowie passgenaue Vermittlung in die richtigen Hilfsstrukturen besticht. Unser Ziel muss es sein, diesen erfolgreichen Weg zu gehen, indem wir das bayerische Modell als Vorbild nehmen und in Potsdam implementieren, um somit für all unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger ein sicheres Netz zu schaffen, das in Krisenzeiten Halt und Orientierung bietet.

Link: <https://www.krisendienste.bayern/>

Anlagen:

1 Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich



| | |
|--|-------------|
| Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: | |
| Titel des Antrages: | |
| Drucksache Nr.: | TOP: |

Stellungnahme der Verwaltung

| |
|---|
| 1. Rechtliche Einschätzung |
| |
| 2. Berücksichtigung im Haushaltsplan |
| |
| 3. Zeitliche Umsetzbarkeit |
| |
| 4. Inhaltliche Einordnung |
| |